



**STADT MEERBUSCH
DER BÜRGERMEISTER**

Niederschrift

über die Sitzung des **Rates** am 24. Februar 2011

Tagesordnung	Seite
Anwesenheit	2
I ÖFFENTLICHE SITZUNG	3
1. Berichtigung der Niederschrift des Rates vom 16. Dezember 2010	3
2. Einwohnerfragestunde	4
3. Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch	4
4. Verlängerung der Wahlzeit des Seniorenbeauftragten der Stadt Meerbusch und seiner Vertretung	4
5. IV. Änderung der Entgeltordnung für das Städt. Hallenbad	4
6. IV. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Teilnahme an der „Offenen Ganztagsschule im Primarbereich“ in Meerbusch	5
7. Aufstellung der Nebentätigkeiten	5
8. Steuerung und Kontrolle der Städtischen Gesellschaften – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Dezember 2010	5
9. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2010 und Übertragungen gem. § 22 GemHVO	6
10. Beteiligungsbericht 2009	6
11. Antrag der UWG-Fraktion vom 6. Januar 2011 bez. Haushalt	6
12. Antrag der CDU-Fraktion vom 31. Januar 2011 auf Ausschussumbesetzung	7
13. Antrag der UWG-Fraktion vom 2. Februar 2011 auf Ausschussumbesetzung	7
13 a Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass	8
13 b 1. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 63 für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 184	8
14. Bericht der Verwaltung	8
15. Termin der nächsten Sitzung	8
16. Verschiedenes	9
16.1 Mietspiegel	9
16.2 Beschaffung Feuerwehrfahrzeuge	9
16.3 Nachabschaltung der Straßenbeleuchtung	9
16.4 Sanierung Rheindeich	9
16.5 Verkehrsunfälle in Meerbusch-Osterath, Krefelder Straße / Westumgehung	10

Anwesenheit

Sitzungsort: Städtisches Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, Meerbusch-Strümp

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr

Ende der Sitzung: 19.00 Uhr

Anwesend

sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Spindler

von der CDU-Fraktion:

die Ratsfrauen Hermanns, Joliet-Heising, Kox, Pricken, Schoppe, Steinforth und sowie die Ratsherren Becker, Damblon, Dr. Hemmen, Herlitz, Hoppe (bis TOP 14), Jung, Jürgens, Kunze, Lerch, Rennertz, Stüttgen (bis TOP 11), van Vreden, Wartchow und Wehrspohn,

von der SPD-Fraktion:

die Ratsfrauen Niederdellmann, Niederdellmann-Siemes und Niegeloh sowie die Ratsherren Eimer, Focken, Grund, Jüngerkes und Neuhausen ,

von der FDP-Fraktion:

die Ratsfrauen Büchner, Schmidt und Wellhausen sowie die Ratsherren Dr. Brennecke, Burkhardt, Gabernig (bis TOP 14), Dr. Hagendorf, Rettig, Dr. Schmidt-Menschner und Dr. Schumacher-Adams,

von der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN":

Ratsfrauen Dr. Schomberg und Stockmann sowie die Ratsherren Becker, Fliege, Peters, Ruyter und Schmitz-Linkweiler

von der UWG-Fraktion:

Ratsfrau Glasmacher und Ratsherr Staudinger-Napp

sowie Ratsherr Müller - Zentrum und Ratsherr Schoenauer - fraktionslos,

von der Verwaltung:

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage,

Techn. Beigeordneter Dr. Gérard,

Bürgermeisterreferentin StOAR'in Scholten

Service Zentrale Dienste: StVD Wirtz, StAfrau Heidbreder

Service Finanzen: StVD Fiebig

Rechnungsprüfungsamt: StVD Fox

Es fehlen:

Ratsfrau Gröters (CDU) sowie die Ratsherren Meffert und Radmacher (CDU), Meyer-Ricks und Schleifer (FDP)

Schriftführer

Jürgen Wirtz

Zu Beginn der Sitzung des Rates wird die Tagesordnung mit Einverständnis des Rates um folgende Punkte erweitert:

- 13 a Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
 13 b 1. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 63 für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 184

Außerdem weist Bürgermeister Spindler auf die als Tischvorlage verteilte Änderung zur Informationsvorlage zu TOP 1 hin.

I ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Berichtigung der Niederschrift des Rates vom 16. Dezember 2010

Bei der Protokollierung des Tagesordnungspunktes 19 – Verabschiedung der Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen – wurde bei 2 Abstimmungsergebnissen irrtümlich das Abstimmungsverhalten nicht korrekt in der Niederschrift wiedergegeben. Die Niederschrift ist daher wie folgt zu berichtigen.

Produktbereich 020 Sicherheit und Ordnung

Seite 15 der Niederschrift

Abstimmung über den Teilergebnis- und –finanzplan

Das Abstimmungsergebnis ist dahingehend zu korrigieren, dass in der Spalte der SPD Fraktion die notierte Ja-Stimme bei den Nein-Stimmen auszuweisen ist. Somit lautet das Abstimmungsergebnis 31 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 9 Stimmenthaltungen.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
FDP		12	
SPD		1	7
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG			2
Zentrum		1	
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	31	14	9

Stellenplan

Seite 19 der Niederschrift

Beim Abstimmungsergebnis bezüglich der von Herrn Peters beantragten Neuschaffung einer Stelle für eine Küchenkraft im Kindergarten Müllewapp in Meerbusch Nierst im Umfang von 12,5 Stunden, ist das Abstimmungsergebnis wie folgt zu berichtigen.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		22	
FDP	12		
SPD	8		
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG	2		
Zentrum		1	
fraktionslos		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt:	29	25	

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

3. Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch

Ratsherr Focken berichtet aus dem Sozialausschuss.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt,

- a) die beigefügte Satzung für den Seniorenbeirat,
- b) die Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter auf insgesamt 150,00 € monatlich festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	20		
FDP		10	
SPD	8		
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG		2	
Zentrum	1		
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	38	12	

Ratsfrau Schmidt erklärt für die FDP-Fraktion, dass keine Notwendigkeit gesehen werde, die Seniorenbeauftragten durch einen Seniorenbeirat zu ersetzen. Ihre Fraktion werde daher nicht zustimmen.

4. Verlängerung der Wahlzeit des Seniorenbeauftragten der Stadt Meerbusch und seiner Vertretung

Ratsherr Focken berichtet aus dem Sozialausschuss.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Wahlzeit des Seniorenbeauftragten Herrn Albert Güllmann und seines Stellvertreters, Herrn Jürgen Bergert für die Zeit vom 01.06.2011 bis zum 31.12.2011 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. IV. Änderung der Entgeltordnung für das Städt. Hallenbad

Ratsfrau Kox berichtet aus dem Ausschuss für Schule und Sport.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte IV. Änderung der Entgeltordnung für das Städt. Hallenbad.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	20		
FDP	9		1
SPD		8	
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG	2		
Zentrum	1		
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	41	8	1

6. **IV. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Teilnahme an der „Offenen Ganztagschule im Primarbereich“ in Meerbusch**

Ratsfrau Kox berichtet aus dem Ausschuss für Schule und Sport.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte IV. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Teilnahme an der „Offenen Ganztagschule im Primarbereich“ in Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	20		
FDP	10		
SPD		8	
Bündnis 90/Die Grünen	7		
UWG	2		
Zentrum	1		
fraktionslos	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt:	42	8	

Ratsherr Eimer weist darauf hin, dass den Eltern, die derzeit ihre Kinder für das neue Schuljahr anmelden wollen, noch die alten Beträge übermittelt würden. Bürgermeister Spindler erklärt, dass die Eltern nach dem heutigen Beschluss des Rates über die neue Gebührenstruktur informiert würden und die Vordrucke entsprechend angepasst würden.

Ratsfrau Niederdellmann führt aus, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich kostenfreie Angebote im Bereich der Offenen Ganztagsbetreuung für wünschenswert erachte. Aus diesem Grunde würde ihre Fraktion der Erhöhung nicht zustimmen.

7. **Aufstellung der Nebentätigkeiten**

Der Rat nimmt die Aufstellung der Nebentätigkeit des Bürgermeisters zur Kenntnis.

8. **Steuerung und Kontrolle der Städtischen Gesellschaften – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Dezember 2010**

Bürgermeister Spindler erläutert die Informationsvorlage und stellt die rechtliche Situation ausführlich dar. Nach der anschließenden lebhaften Diskussion, an der sich Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen beteiligen, besteht Einigkeit darüber, dass die vom Rat in die Gremien entsandten Mitglieder untereinander absprechen, welche Themen von besonderer Bedeutung sind und daher vor einer Entscheidung in den Gremien der Gesellschaften im Rat der Stadt zu beraten und zu entscheiden sind.

9. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2010 und Übertragungen gem. § 22 GemHVO**

Der Rat nimmt die Information zur Kenntnis.

10. **Beteiligungsbericht 2009**

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch in 2009 zur Kenntnis.

11. **Antrag der UWG-Fraktion vom 6. Januar 2011 bez. Haushalt**

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt

- 1) die Etablierung eines paritätisch besetzten freiwilligen Arbeitskreises, der einen Katalog „Sparpotenziale im Kommunaletat der Stadt Meerbusch“ erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		19	
FDP	9		1
SPD	6		2
Bündnis 90/Die Grünen		7	
UWG	2		
Zentrum		1	
fraktionslos		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt:	17	29	3

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt

- 2) die Erarbeitung eines realistischen Tilgungsplan zur Entschuldung der Stadt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		19	
FDP	10		
SPD	6		2
Bündnis 90/Die Grünen		7	
UWG	2		
Zentrum		1	
fraktionslos		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt:	18	29	2

Ratsherr Staudinger-Napp erläutert den Antrag der UWG-Fraktion. Er führt aus, dass Punkt 1 des Antrages zu streichen sei und begründet die verbleibenden Antragspunkte 2 und 3. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den GPA-Bericht und die darin erwähnte Zielvereinbarung zwischen Bürgermeister und Kämmerer. Die UWG empfehle, eine solche Zielvereinbarung schriftlich zu fixieren. Aufgrund der Finanzsituation sei zudem ein Tilgungsplan zur Entschuldung unabdingbar.

Bürgermeister Spindler führt aus, dass entgegen der von der UWG immer wieder beschriebenen Neuverschuldung im GPA-Prüfungsbericht nachzulesen sei, dass die Stadt in den Jahren 2007 – 2009 insgesamt 15,5 Mio. € oder rund 13% ihrer Schulden abgebaut habe. Zudem verweist er auf die Ausführungen in der Westdeutschen Zeitung vom 4.3.2009. Dort bestätigte der Vertreter des

Bundes der Steuerzahler, Herr Kanski, dass sich, entgegen der Situation bei vielen anderen Kommunen, der Haushalt der Stadt Meerbusch sehr gut darstelle.

In der anschließenden ausführlichen Diskussion zeigen Vertreterinnen und Vertreter aller im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen ihre Standpunkte auf. Hierbei wird insbesondere deutlich, dass eine Beteiligung eines Vertreters des Bundes der Steuerzahler überwiegend für nicht hilfreich angesehen wird. CDU und Bündnis 90/Die Grünen halten die Bildung eines Arbeitskreises für nicht erforderlich. Strategien zur Sicherung des Haushaltes müssten in den Fraktionen entwickelt werden, da sie je nach politischer Ausrichtung und Programm unterschiedlich zu gewichten seien. Die Redner der anderen Fraktionen hingegen halten einen Arbeitskreis für sinnvoll, da hier die Möglichkeit bestehe, unabhängig von den Zwängen der jährlichen Haushaltsberatungen über Finanz- und Haushaltsstrategien über Fraktionsgrenzen hinaus nachzudenken.

Im Laufe der Diskussion modifiziert Ratsherr Staudinger-Napp den Antrag der UWG-Fraktion zu Punkt 2 dahingehend, dass die zu bildende Sparkommission ein Arbeitskreis sein solle, der ohne einen Vertreter des Bundes der Steuerzahler arbeiten solle.

12. **Antrag der CDU-Fraktion vom 31. Januar 2011 auf Ausschussumbesetzung**

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Ausschussumbesetzung:

Sozialausschuss

Vertreter	streiche	Inge Brusis
-----------	----------	-------------

Die bisherigen Vertreter 5 bis 31 werden Vertreter 4 bis 30.

Kulturausschuss

Vertreter	streiche	Inge Brusis
-----------	----------	-------------

Die bisherigen Vertreter 4 bis 23 werden Vertreter 3 bis 22.

Ausschuss für Schule und Sport

Vertreter 7	setze	Christoph Schmidt
-------------	-------	-------------------

Die bisherigen Vertreter 7 bis 26 werden zu Vertreter 8 bis 27.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13. **Antrag der UWG-Fraktion vom 2. Februar 2011 auf Ausschussumbesetzung**

Beschluss:

Der Rat beschließt, Herrn Dieter Schmoll als zusätzlichen Vertreter in folgende Ausschüsse zu bestellen:

Ausschuss für Schule und Sport, Kulturausschuss, Bau- und Umweltausschuss, Ausschuss für Planung und Liegenschaften, Sozialausschuss

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13 a Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler führt aus, dass die Sitzung des Rates am 22. März 2011 entfalle. Da der erste von der Arbeitsgemeinschaft Meerbuscher Werbegemeinschaften e.G. beantragte Termin für einen verkaufsoffenen Sonntag anlässlich des Osterather Handwerker- und Bauernmarktes vor der dann folgenden Ratssitzung am 26. Mai sei, empfehle er dem Rat, schon heute für Sonntag, den 22. Mai 2011 für den Stadtteil Osterath einen verkaufsoffenen Sonntag zu genehmigen.

13 b 1. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 63 für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 184

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gemäß §§ 14 und 16 i.V.m. §17 (1) Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2010 (GV.NRW. S. 688), für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 184, Meerbusch-Büderich, Hessenweg/Römerstraße die Satzung der Stadt Meerbusch über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 63 in der als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Da die Veränderungssperre am 2. April 2011 ausläuft und der Rat nach der Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 1. März 2011 nicht mehr rechtzeitig tagt, empfiehlt Bürgermeister Spindler dem Rat der Stadt, die in der Beratungsvorlage zu TOP 4 der erwähnten Sitzung vorgeschlagene Veränderungssperre heute zu beschließen.

14. Bericht der Verwaltung

Bürgermeister Spindler nimmt Bezug auf seinen Bericht im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss hinsichtlich der Höhe der Kreisumlage. Dem von den Städten und Gemeinden geforderten Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage will der Kreis wohl nicht oder nicht in der geforderten Höhe nachkommen. In einer Besprechung der Bürgermeister mit dem Landrat hätten die Kommunen ihre Auffassung nochmals vorgetragen und darum gebeten, zumindest im Rahmen eines Kompromisses die Kommunen teilweise zu entlasten.

Aufgrund der Bemessungsgrundlagen (Zeitraum 01.07.2009 – 30.06.2010) sei damit zu rechnen, dass die Stadt Meerbusch bei der Kreisumlage eine deutliche Einsparung haben werde, da das Steueraufkommen in diesem Zeitraum stark rückläufig war.

15. Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Rates findet am 26. Mai 2011 statt, die Sitzung am 22. März 2011 kann entfallen.

16. Verschiedenes

16.1 Mietspiegel

Unter Bezugnahme auf die Erörterung in der letzten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses fragt Ratsherr Peters nach dem Stand der Angelegenheit. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage berichtet, der Rhein-Kreis Neuss habe zur Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10. Februar 2011 eine Mietwerttabelle vorgelegt, in der die Nettokaltmieten für Meerbusch nach oben korrigiert worden seien und nunmehr betragsmäßig weitestgehend den Höchstwerten des sozialen Wohnungsbaues entsprächen. Eine Beschlussfassung sei in der Sitzung nicht erfolgt. Der Kreis habe die Sozialdezernenten für den 17. März zu einer Besprechung eingeladen.

16.2 Beschaffung Feuerwehrfahrzeuge

Ratsherr Peters bittet um Auskunft, inwieweit die Stadt von den Preisabsprachen betroffen sei. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage führt aus, das Bundeskartellamt habe am 10. Februar 2011 Bußgelder in einer Gesamthöhe von 20,5 Mio € gegen drei Hersteller von Feuerwehrlöschfahrzeugen wegen verbotener Preisabsprachen verhängt. Von diesen Herstellern und einem Hersteller, gegen den das kartellrechtliche Verfahren noch nicht abgeschlossen sei, habe die Stadt im betroffenen Zeitraum ab 2001 insgesamt 10 Feuerwehrlöschfahrzeuge erhalten. Einschließlich der Kosten für die Beladung liege das Investitionsvolumen bei rd. 1,7 Mio €. Nach Bekanntwerden habe sich die Stadt wegen des weiteren Verfahrens mit dem Städte- und Gemeindebund in Verbindung gesetzt mit der Bitte, hier eine Koordinationsfunktion zu übernehmen. Der Städte- und Gemeindebund habe zwischenzeitlich eine Informationsbörse eingerichtet, zu der sich bereits mehr als 100 Kommunen gemeldet hätten. Rechtlich problematisch sei es, welche Möglichkeiten zur Geltendmachung von Schadensersatzforderungen bestünden und in welcher Höhe ein Schaden berechnet werden könne. Der Städte- und Gemeindebund werde zu der rechtl. Problematik eine Informationsveranstaltung am 14.3.2011 durchführen.

Da das kartellrechtl. Verfahren 2009 aufgenommen worden sei, solle das Beschaffungsverfahren für ein Löschfahrzeug in Lank aus dem Jahre 2010 nicht gestoppt werden.

16.3 Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung

Unter Bezugnahme auf Meldungen über vermehrte Einbrüche und Brandstiftungen in Meerbusch-Osterath bittet die UWG-Fraktion den Bürgermeister, über die Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung nachzudenken und diese aus Sicherheitsaspekten auszusetzen. Bürgermeister Spindler erklärt, dass es sich um einen Beschluss des Rates handelt, der in den Haushaltsberatungen im Jahre 2006 getroffen wurde. Dieser Beschluss müsste dann vom Rat aufgehoben werden. Hinsichtlich der angesprochenen Sicherheitsaspekte verweist er auf den Bericht der Verwaltung im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss. Hier sei erläutert worden, dass aufgrund der polizeilichen Erkenntnisse und der Polizeistatistiken kein Zusammenhang zwischen den vermehrten Einbrüchen, Sachbeschädigungen und Brandstiftungen herzustellen sei. Insbesondere die Einbruchsraten während des Tagesverlaufes würden signifikant steigen.

Ratsherr Rettig unterstreicht, dass einschlägige Untersuchungen bestätigen würden, dass ein Zusammenhang zwischen einer Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung und steigender Kriminalitätsraten während der Zeit der Abschaltung nicht nachzuweisen seien.

16.4 Sanierung Rheindeich

Ratsherr Staudinger-Napp erinnert an die Forderung der Stadt, auch bei der Deichsanierung in Buderich zwischen Mönchenwerth und dem Modellflugplatz den Baustellenverkehr wasserseitig abzuwickeln. Er habe der Presse entnommen, dass die Anlieferung nun per LKW über die Niederlöricker Straße erfolgen solle. Bürgermeister Spindler sagt zu, dies zu prüfen und die Auffassung der Stadt nochmals gegenüber dem Deichverband „Neue Deichschau Heerd“ zu bekräftigen.

16.5 Verkehrsunfälle in Meerbusch-Osterath, Krefelder Straße / Westumgehung

Ratsherr Jung bittet aus Anlass eines aktuellen Verkehrsunfalls die Situation im Bereich der Einmündung der Westumgehung in die Krefelder Straße nochmals zu prüfen. Er empfiehlt über Geschwindigkeitsbegrenzungen, eine Änderung der Ampelschaltung oder einen Kreisverkehr in Höhe des Meyersweges nachzudenken. Die Verwaltung sagt zu, die Problematik nochmals in einer Sitzung des Bau- und Umweltausschusses zu thematisieren.

Meerbusch, den 28. Februar 2011

Dieter Spindler
Bürgermeister

Jürgen Wirtz
Schriftführer